

dessen legen Sauer und Penz eine treffende Analyse vor, die nicht nur durch die Kombination von Affekttheorie und Konjunkturanalyse besticht, sondern vor allem für Erklärungen möglicher Wahlerfolge der autoritären Rechten im Jahr 2024 unerlässlich sein dürfte.

Literatur

Musk, Elon, 2021: Almost finished Jünger's Storm of Steel. Intense. Great book. Internet: <https://twitter.com/elonmusk/status/1455264663810232331?lang=de> [21.12.2023].

Ortiz, Alberto, 2023: Sumar lanza su primer programa centrado en la redistribución de la riqueza y un feminismo que dignifique „los cuidados“. Internet: https://www.eldiario.es/politica/sumar-di-sena-primer-programa-centrado-redistribucion-riqueza-feminismo-cuidados_1_10356380.html [13.1.2024].

Birgit Sauer, Otto Penz, 2023: Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/M.: Campus. 198 S., ISBN 978-3-593-51604-2.

Gundula Ludwig

Körperpolitiken und Demokratie. Eine Geschichte medizinischer Wissensregime

SABINE KÖNNINGER

Corona-, Care- oder Klimakrise verdeutlichen mehr denn je, dass Politik unweigerlich Körperpolitik ist. Trotzdem ist in der Politischen Theorie die Auseinandersetzung mit Körper eher marginal. Dieses Desiderat ist der Ausgangspunkt für *Gundula Ludwigs* Buch „Körperpolitiken und Demokratie“. Ludwigs Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Körperpolitik historisch zu rekonstruieren, um neue historische wie analytische Erkenntnisse für die Demokratietheorie hervorzu-bringen. Damit will sie aufzeigen, wie eine körpertheoretische Perspektive aussehen und was diese Perspektive zur Demokratiegeschichte und -theorie beitragen kann. Ihre Fragen lauten dementsprechend: Welche Bedeutung haben Körperpolitiken für die Entwicklung der liberalen Demokratie in Deutschland? Und wie können gegenwärtige Ansätze der radikalen Demokratietheorie durch eine körpertheoretische Perspektive erweitert werden?

In ihrer historischen Rekonstruktion konzentriert sich Ludwig auf medizinische Diskurse der Jahre 1848 bis 1933. Sie analysiert gründlich, wie Vorstellungen von Körper, Leben, Gesundheit und Krankheit die Konzeptionen von Demokratie, Politik, demokratischer Partizipation, von politischer Gemeinschaft und politischen Subjekten beeinflussten. Hierbei versteht sie Demokratie als leeren Signifikanten und nimmt diskursanalytisch nicht nur Begrenzungen der Demokratie in den Blick,

sondern auch Brüche, Diskontinuitäten und Paradoxien. Indem sie zudem feministische und postkoloniale Theorien heranzieht, werden in den Diskursen auch Verge-schlechtlichungen und Rassifizierungen sichtbar, die der Durchsetzung der Hygiene dienten, auf die Ludwig fokussiert.

Im ersten Kapitel ist zu erfahren, wie vor dem Hintergrund der 1848er-Revolution Medizin von der Naturphilosophie zur Naturwissenschaft transformiert und als Fundament einer „wahren Demokratie“ betrachtet wurde, in der „nur Tatsachen und Gesetze Politik leiten sollten“ (94). Ebenfalls 1848 starteten „Momente der Demokratisierung“ (103), die Ludwig im zweiten Kapitel insbesondere anhand von Organisationsbestrebungen der Medizinalreformbewegung identifiziert: Die aktiv beteiligten Mediziner positionierten sich nicht nur standespolitisch, sondern verstanden sich als „Träger des Allgemeinwohls“ (117) zudem als demokratische und demokratisierende Berufsgruppe. Im dritten Kapitel zeigt Ludwig auf, wie kurz vor und im Kaiserreich die Verwissenschaftlichung der Hygiene, innerhalb derer Gesundheit explizit als unpolitisch interpretiert wurde, paradoxerweise Bedingung für politische Veränderungen war. Wissenschaftlich gerahmt entwickelte Hygiene sich zu einer gouvernementalen Machttechnik und Hygieniker wurden zu einer zivilgesellschaftlichen Größe. Trotz autoritärem Staat wurden begrenzte Demokratisierungsformen wie politische Partizipation erreicht, indem auf Freiwilligkeit oder Selbstverantwortung gesetzt wurde. Als „(m)edizinische Erziehung zur Demokratie“ (233), wie Ludwig es treffend bezeichnet, betrachtet sie im vierten Kapitel die Soziale Hygiene während der Weimarer Republik. Sie arbeitet heraus, wie mit sozialhygienischen Wissensregimen bestimmte Vorstellungen von demokratischer Staatsbürgerschaft und Politik sowie vom Verhältnis von Bürger_innen und Demos einhergingen und als Demokratisierungstechniken gesehen werden können. Eingesetzt wurden gleichzeitig nationalistische und koloniale Narrative, um die weiße deutsche Bevölkerung von hygienischen Körperpolitiken zu überzeugen. Wie schon im Kaiserreich bleiben auch diese Demokratisierungsprozesse beschränkt, besonders durch die Verknüpfung von Eugenik und Sozialer Hygiene und die Verengung auf eine naturwissenschaftliche Politik der Wahrheit. Die Rekonstruktion mündet im fünften Kapitel in einer macht- und demokratietheoretischen Analyse. Hier arbeitet Ludwig sowohl mit Michel Foucaults Machtkonzept als auch mit dem Repertoire der radikalen Demokratietheorie. Mit dieser Kombination veranschaulicht sie nicht nur, wie Fixierungen und Verengungen des Politischen durch Körperpolitiken entstehen und legitimiert werden. Sie fördert auch Begrenzungen der liberalen Demokratie ans Tageslicht und zeigt, dass liberale Demokratie eben nicht per se demokratisch ist. Während Foucault in seinem Werk in Bezug auf Demokratie eher verhalten war, entwickelt Ludwig eine körpertheoretische Perspektive, die liberale Demokratie konsequent als eine Machtform versteht, die Menschen über Körperpolitiken führt. Im sechsten und letzten Kapitel argumentiert Ludwig schließlich überzeugend für eine Abkehr von der liberalen identitären Anordnung der Körper und plädiert stattdessen für ein neues, und zwar von Körpern ausgehendes Denken über Demokratie, in der Relationalität, Verwundbarkeit und Offenheit zentral sind.

Ludwig ist es gelungen, ein machtkritisches „Denkgebäude“ (15) zu entwerfen, um das Selbstverständliche zu hinterfragen – denn alles, was mit Körpern zu tun hat, ist nicht naturgegeben. Eine äußerst wertvolle Arbeit, die nicht allein erkenntnisreich für die Politische Theorie ist, sondern auch für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, (Schwarze) feministische, post- und dekoloniale Theorie und Praxis und nicht zuletzt auch für die Disability Studies.

Gundula Ludwig, 2023: Körperpolitiken und Demokratie. Eine Geschichte medizinischer Wissensregime. Frankfurt/M.: Campus. 472 S., ISBN 978-3-593-51810-7.

Marian Sawer, Lee Ann Banaszak, Jacqui True und Johanna Kantola (Hg.)

Handbook of Feminist Governance

STEFANIE WÖHL

Feministische Politikwissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, die Entwicklung feministischer Organisationsprinzipien und ihre Einführung in Governance-Institutionen sowie die Erweiterung und Flexibilisierung von Governance zu analysieren und konzeptionell zu bereichern. Das Handbuch hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Forschung zu bündeln und feministische Steuerung und Führung sowohl auf theoretischer und institutioneller Ebene nachzuzeichnen als auch einen Überblick über die internationale Dimension von Global Governance, sowohl im Kontext der Europäischen Union als auch aus weiteren Regionen, zu geben. Dafür bewegt es sich inhaltlich entlang einer Zeitachse von Gesetzgebungsprozessen, die vom 20. Jahrhundert bis ins 21. Jahrhundert reichen und die kurz im ersten Teil aufgelistet werden. Der Band besteht aus 35 Einzelbeiträgen und ist thematisch in fünf Abschnitte gegliedert.

Die einleitend dargestellten theoretischen Perspektiven bilden Konzepte ab, die nicht die ganze Bandbreite theoretischer Entwicklungen im Feld wiedergeben, sondern eine spezifische Auswahl beinhalten. Sie reichen von feministischem Institutionalismus (*Lisa Guido, Lindsay Walsh, Lee Ann Banaszak*) über feministische Perspektiven auf Multi-Level-Governance (*Meryl Kenny und Tània Verge*) bis hin zu Staatlichkeit und Governance (*Johanna Kantola*) und intersektionalen Perspektiven auf Governance (*Erica Townsend-Bell*). Es fehlt jedoch eine Beleuchtung von gouvernementalitätstheoretischen Perspektiven auf Governance, die in den 2000er-Jahren sehr breit diskutiert wurden.

Perspektiven auf Intersektionalität und multikulturelle Ansätze sollen das Handbuch als ein zentrales Leitmotiv durchziehen. Allerdings wird dieser Anspruch in den nachfolgenden anwendungsorientierteren Kapiteln nicht immer eingelöst, z.B. im Beitrag zu gendersensiblen Parlamenten von *Sarah Childs* und *Sonia Palmieri*,

in dem hauptsächlich Gender berücksichtigt und analysiert wird. In einigen anderen Kapiteln, wie z.B. in *Johanna Kantolas* Beitrag zu „Feminist Governance and the State“, wird jedoch durchweg eine intersektionale Perspektive eingenommen. So betont Kantola z.B. in ihren Ausführungen zum nordischen Wohlfahrtsstaat, dass frühere Forschungen nicht berücksichtigten, dass neoliberale Entwicklungen nicht nur zu mehr Geschlechterungleichheiten, sondern auch zu einer Verstärkung von Klassenunterschieden beigetragen haben, indem nur die Mittelklassen von bestimmten Sozialleistungen profitierten.

Die Herausgeberinnen benennen fünf Kategorien feministischer Governance, die ihres Erachtens seit den 1970er-Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Es handelt sich um (1) feministische Institutionen, die entlang nicht-hierarchischer Strukturen und Werte eingerichtet wurden, (2) die Operationalisierung dieser Werte in feministischen Netzwerken und transnationalen Interessengruppen, (3) die feministische Arbeit in politischen Institutionen wie Verwaltungen und Parlamenten, (4) die Umsetzung feministischer Werte durch Institutionen und Konsultationen, mit dem Ziel Geschlechtergleichheit zu erreichen und (5) die Implementierung von Policies durch Gender Budgeting oder Gender Mainstreaming.

Mehrere Beiträge heben die ambivalenten Effekte von feministischen Institutionalisierungsprozessen hervor, so z.B. *Sophie Jacquot*, die herausarbeitet, dass Gender-Expertise auch zu einem technischen und formalistischen Instrument werden kann. Am Beispiel der Europäischen Union (EU) wird deutlich, dass die Orientierung an Geschlechtergleichstellung kaum Einfluss auf politische oder wirtschaftliche Entscheidungen hat und der grundsätzlichen Marktorientierung nichts entgegensetzt (318). Der Beitrag von *Toni Haastrup* zeigt, dass jedoch nicht nur in der EU, sondern auch in anderen regionalen Zusammenschlüssen, wie der Afrikanischen Union (AU), feministische Akteur:innen zwar Zugang zur Verwaltung und zu weiteren staatlichen Institutionen erhalten, dies jedoch bisher nichts daran ändere, dass hegemoniale Männlichkeiten weiterhin den politischen Diskurs bestimmen (371).

Interessant ist in diesem Kontext, dass sich eher ein roter Faden der Ein- und Ausschlüsse feministischer Anliegen durch den Band hindurchzieht als der der Intersektionalität, und sich in mehreren Regionen weltweit, wie auch in Asien oder dem Südpazifik, zwar spezifische, aber auch ähnliche Entwicklungen wie in Nordeuropa nachzeichnen lassen. Das Handbuch ist insofern nicht nur eine Einführung in feministische Governance, sondern gibt auch Aufschlüsse darüber, wie feministische Anliegen in politischen Prozessen dekontextualisiert werden oder umkämpft sind.

Durch thematische Schwerpunktsetzungen gehen einige Kapitel über einführende Zusammenfassungen hinaus, wie z.B. der Beitrag von *Erin Hannah*, *Adrienne Roberts* und *Silke Trommer* zu feministischen Interventionen in der Handelspolitik. Die Autorinnen arbeiten heraus, dass es höchst umstritten ist, was eigentlich „feministische Werte“ (251) in der Handelspolitik bedeuten. Gehe es einfach nur darum, Frauen in Handelsbeziehungen zu inkludieren, hieße das auch, die unbezahlte Arbeit von Frauen und den Gender Pay Gap auszuweiten, anstatt unbezahlte Arbeit umzu-

verteilen. Denn vielfach werden hier Frauen allein als Unternehmerinnen adressiert und ihre Rolle als Arbeiterinnen und Angestellte oder die von ihnen geleistete unbezahlte Arbeit unterschlagen. Zudem werden dabei intersektionale Ungleichheiten, die sich aus weiteren Kategorien sozialer Differenzierung ergeben, wie z.B. die Klassenposition, vernachlässigt. Es müssten also auch die sozialen Reproduktionsleistungen und die vielschichtigen Auswirkungen von Handelsbeziehungen sowie ihr Inklusions- und Demokratiebezug stärker hervorgehoben werden (252). Ein weiteres Kapitel von *Kerryn Baker* und *Renee O'Shanassy* zu den Pazifischen Inseln behandelt u.a. die Implementierung und Ratifizierung von geschlechtsspezifischen Entwicklungsstrategien, wie z.B. das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), dieses wurde jedoch von kirchlichen Gruppen als ‚Teufelswerk‘ bezeichnet und so auch vom Parlament nicht ratifiziert (436). Andererseits sind feministische Bewegungen sehr aktiv in der Umwelt- und Antiatomkraftbewegung und konnten auch Erfolge gegen eine zunehmende Militarisierung der Region erzielen (441).

Insgesamt bietet das Handbuch einen sehr guten Überblick über die verschiedenen Ansätze im Bereich feministischer Governance, indem es sehr weit gefächerte, regionale Bezüge im Globalen Norden als auch im Globalen Süden thematisiert und so einen Einblick verschafft, wo es sowohl noch Forschungslücken als auch interessante Übereinstimmungen zwischen den Weltregionen gibt. Der Index am Ende des Bandes greift sowohl Begriffe als auch Autor:innen auf und dient damit als umfangreiches Nachschlagewerk, das nicht nur für Studierende interessant sein dürfte, um sich einen Eindruck über aktuelle Debatten im Bereich feministischer Governance zu verschaffen.

Marian Sawer, Lee Ann Banaszak, Jacqui True, Johanna Kantola (Hg.), 2023: *Handbook of Feminist Governance*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, 490 S., ISBN: 978-1-80037-480-5.